

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

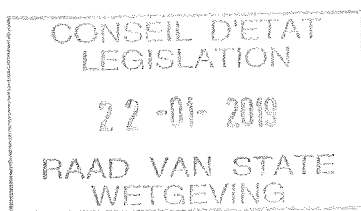
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten und des für die Vorbereitung der Übertragung der Raumordnungskompetenz zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für die Vorbereitung der Übertragung der Raumordnungskompetenz zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



65250 / 4

g

**DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE AUSÜBUNG DER ZUSTÄNDIGKEITEN DER WALLONISCHEN REGION IM BEREICH DER RAUMORDNUNG UND GEWISSE VERBUNDENER BE-
REICHE DURCH DIE DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret wird die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen.

9

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	7

p

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Artikel 139 der Verfassung sieht Folgendes vor: „Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.“

Das vorliegende Dekret hat daher als Ziel, die Zuständigkeiten der Wallonischen Region in Sachen Raumordnung an die Deutschsprachige Gemeinschaft zu übertragen. Die Raumordnungszuständigkeit umfasst laut Artikel 6 §1 I. des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen folgende Aspekte:

- „1. der Städtebau und die Raumordnung,
2. die Fluchtlinienpläne der Gemeindewege,
3. der Erwerb, die Erschließung und Ausrüstung von Grundstücken für das Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsgewerbe oder anderer Infrastrukturen für die Ansiedlung von Investoren, einschließlich der Investitionen für die Ausrüstung von Industriezonen in der Nähe von Häfen und ihrer Bereitstellung für die Benutzer,
4. die Städteerneuerung,
5. die Erneuerung stillgelegter wirtschaftlicher Nutzflächen,
6. die Bodenpolitik.“

Artikel 6 §1 I. Nummer 7 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen wurde nicht in diese Aufzählung übernommen. Tatsächlich betrifft dieser Punkt den Denkmalschutz, der bereits im Jahr 1995 von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen wurde.

Da es sich bei der Raumordnung um eine querschnittsorientierte Disziplin handelt, die in andere Handlungsfelder „ausstrahlt“, geht die zu übertragende Angelegenheit über die Raumordnung im eigentlichen Sinne hinaus. Somit werden auch folgende Artikel des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen übertragen:

- Artikel 6 §1 X. Nummer 2bis, der die Angelegenheit rechtliche Regelung der Landwege umfasst, beschränkt auf die Gemeindewege;
- Artikel 6quater, der die Angelegenheit Enteignung zum Nutzen der Allgemeinheit umfasst.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel legt mit Bezug zum Sonderdekret vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen fest, welche Befugnisbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen werden sollen.

Artikel 6 §1 I. Nummer 1 des Sonderdekrets betrifft die „Städtebau und Raumordnung“ im eigentlichen Sinne, die derzeit in den Büchern I bis IV, sowie VII und VIII des wallonischen Gesetzbuchs über die räumliche Entwicklung (GRE) festgehalten sind. Unter anderem legen diese fest, wie die Planungsinstrumente ausgearbeitet werden, für welche Art von Arbeiten und Handlungen eine Städtebaugenehmigung erforderlich ist, aber auch wie



mit Verstößen gegen die Gesetzgebung umzugehen ist und welche Strafen diese nach sich ziehen.

Artikel 6 §1 I. Nummer 2 „Fluchtlinienpläne der Gemeindewege“ sowie Artikel 6 §1 X. Nummer 2bis, der unter anderem die Angelegenheit zur rechtlichen Regelung der Landwege umfasst (auf die Gemeindewege beschränkt), finden sich insbesondere im wallonischen Dekret vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegegesetz wieder. Hierin wird der Begriff der Fluchtlinie definiert, die die Grenze zwischen dem öffentlichen und privaten Eigentum darstellt und auch im Kontext der Enteignung von Wichtigkeit ist. Hierzu besteht eine Wechselwirkung, da ein Fluchtlinienplan zu erstellen ist, wenn zur Schaffung eines öffentlichen Weges die Grenze zum Privateigentum verschoben werden muss. Es handelt sich also immer auch um ein grafisches Dokument, das in den raumordnerischen Kontext zu setzen ist, da die Realisierung raumordnerischer Konzepte die Anlage neuer Wege mit sich bringen kann, die ohne eine Fluchtlinie keinen öffentlichen Charakter erhalten würden.

Artikel 6 §1 I. Nummer 3 „Erwerb, Erschließung und Ausrüstung von Grundstücken für das Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsgewerbe oder anderer Infrastrukturen für die Ansiedlung von Investoren, einschließlich der Investitionen für die Ausrüstung von Industriezonen in der Nähe von Häfen und ihrer Bereitstellung für die Benutzer“ wird im wallonischen Dekret vom 2. Februar 2017 über die Entwicklung der Gewerbegebiete umgesetzt. Hierin werden vor allem Aspekte der Finanzierung von Gewerbegebieten geregelt. Es wird festgelegt, welche Einrichtungen berechtigt sind, öffentliche Gelder für die Erschließung neuer Gewerbegebiete oder die Einrichtung von zusätzlichen Infrastrukturen anzufordern und nach welcher Prozedur die Subventionen verteilt werden können.

Artikel 6 §1 I. Nummer 4 „Städteerneuerung“ findet sich in Buch V Titel III bis IX des GRE wieder. In diesem werden Vorgaben für eine städtische Flurbereinigung, Neubelebung (revitalisation urbaine) und Erneuerung (rénovation urbaine) festgelegt. Daneben sind hier auch die finanziellen Bestimmungen für Bezuschussungen angegeben. Hierüber bestehen beispielsweise Möglichkeiten, prekären Stadtentwicklungsprozessen entgegenzuwirken und eine Aufwertung von Stadtvierteln zu fördern.

Artikel 6 §1 I. Nummer 5 „Erneuerung stillgelegter wirtschaftlicher Nutzflächen“ wird in Buch V Titel I und II des GRE umgesetzt. Hier werden neu zu gestaltende Standorte (sites à réaménager) und Standorte zur Landschafts- und Umweltsanierung (sites de réhabilitation paysagère et environnementale) definiert, die Teil der operativen Raumordnung sind. Es steht im Mittelpunkt, industrielle Brachflächen wieder einer Nutzung zuzuführen.

Artikel 6 §1 I. Nummer 6 „Bodenpolitik“ wird in Buch VI des GRE geregelt. Es sieht mitunter ein mögliches Vorkaufsrecht zur Sicherung der Durchführbarkeit raumordnerischer Projekte vor. Vor allem aber können in diesem Rahmen auch Enteignungen erfolgen. Zur Vervollständigung dieser Zuständigkeit soll auch Artikel 6quater des Sondergesetzes, der seit der Sechsten Staatsreform den Regionen die Befugnis über das gerichtliche Enteignungsverfahren gewährt, mit übertragen werden.

Artikel 2

Mit der Übertragung der Ausübung der in Artikel 1 genannten Zuständigkeiten ist keinerlei Güterübertragung verbunden.

Artikel 3

Dieser Artikel regelt die Modalitäten, unter denen die beim Öffentlichen Dienst der Wallonie für das deutsche Sprachgebiet eingesetzten Personalmitglieder an die Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen werden können. Die Übernahme von Personal erfolgt auf freiwilliger Basis ohne Übernahmewang. Ebenso wird festgelegt, zu welchem Zeitpunkt der Personaltransfer effektiv wird.

Artikel 4

Dieser Artikel legt die jährlich seitens der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft zu überweisende Dotation zur Ausübung der in Artikel 1 genannten Zuständigkeiten fest.

Es ist eine Indexierung vorgesehen, die einer jährlichen Anpassung der Dotation an die Schwankungsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betreffenden Haushaltsjahres und 55% des realen Wachstums des Bruttoinlandprodukts des betreffenden Haushaltsjahres entspricht.

Die Auszahlung zum beschriebenen Zeitpunkt ist für die Deutschsprachige Gemeinschaft durch die Möglichkeit garantiert, gegebenenfalls einen Kredit zu Lasten der Wallonischen Region aufzunehmen. Die Bedingungen werden im gegenseitigen Einverständnis zwischen den beiden Regierungen festgehalten.

Artikel 5

Die Deutschsprachige Gemeinschaft übernimmt alle Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Übertragung der in Artikel 1 definierten Zuständigkeiten. Dies umfasst ebenso alle laufenden und künftigen Rechtsprozeduren.

Die Personalkosten bleiben zu Lasten der Wallonischen Region bis zu dem in Artikel 3 definierten Übernahmezeitpunkt durch die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Artikel 6

Artikel 6 regelt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes gemäß Artikel 139 der Verfassung. Als Datum für das Inkrafttreten ist der 1. Januar 2020 vorgesehen.

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS



VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft

Artikel 1 – Die Deutschsprachige Gemeinschaft übt im deutschen Sprachgebiet alle Zuständigkeiten der Wallonischen Region aus:

1. in der in Artikel 6 §1 I. Nummern 1 bis 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, hiernach „das Sondergesetz“ genannt, erwähnten Angelegenheit Raumordnung;

2. in der in Artikel 6 §1 X. Nummer 2bis des Sondergesetzes erwähnten Angelegenheit rechtliche Regelung der Landwege, begrenzt auf die Gemeindewege;

3. in der in Artikel 6quater des Sondergesetzes erwähnten Angelegenheit Enteignung zum Nutzen der Allgemeinheit.

Das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft üben die Zuständigkeiten der Wallonischen Region aus, die mit der Angelegenheit zusammenhängen, auf die sich Absatz 1 bezieht.

Art. 2 – Die Übertragung der Ausübung der Angelegenheiten, auf die sich Artikel 1 bezieht, erfolgt ohne Übertragung von Gütern.

Art. 3 – §1 – Zur Ausübung der in Artikel 1 angeführten Angelegenheiten werden Personalmitglieder der Außendirektion Eupen der Operativen Generaldirektion Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe und Energie (DGO4) des Öffentlichen Dienstes der Wallonie auf ihren Antrag hin der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen; die Übertragung erfolgt durch Erlass der Wallonischen Regierung nach gleichlautendem Gutachten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Von den statutarischen Personalmitgliedern können nur jene übertragen werden, welche die in Artikel 69 §2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft angeführte Bedingung erfüllen.

§2 – Die Übertragung der in §1 erwähnten Personalmitglieder wird am 1. Januar 2020 wirksam.

Die Personalmitglieder werden in ihrem Dienstgrad oder einem gleichwertigen Dienstgrad und in ihrer Eigenschaft übertragen.

Sie behalten zumindest die Bezüge und das Dienstalter, das sie hatten oder erhalten hätten, wenn sie weiterhin in ihrem ursprünglichen Dienst die Funktion, die sie zum Zeitpunkt der Übertragung innehatten, ausgeübt hätten.

Art. 4 – §1 – Bezüglich der Übertragung der in Artikel 1 angeführten Angelegenheiten wird der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine ab dem Jahr 2020 im Haushalt der Wallonischen Region eingetragene jährliche Dotation gewährt.

§2 – Der Grundbetrag der in §1 erwähnten jährlichen Dotation entspricht einem Betrag von 1.480.752,13 Euro.

§3 – Ab dem Haushaltsjahr 2021 wird der für das vorangegangene Haushaltsjahr zu-

6

gewiesene Betrag jährlich gemäß den in Artikel 33 § 2 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen festgelegten Modalitäten der Schwankungsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des betreffenden Haushaltsjahres und 55% des realen Wachstums des Bruttoinlandprodukts des betreffenden Haushaltsjahres angeglichen.

§4 – Die jährliche Dotation wird spätestens am ersten Werktag des Monats Mai des betreffenden Jahres überwiesen.

§5 – Falls die in §4 festgelegte Frist überschritten wird, ist die Deutschsprachige Gemeinschaft berechtigt, nach Mitteilung dieses Sachverhalts an die Wallonische Region ein Darlehen bei einem vorher im Einverständnis mit der Wallonischen Region benannten Kreditinstitut aufzunehmen.

Diese Anleihe wird von Rechts wegen durch die Wallonische Region garantiert. Der Finanzmodus dieser Anleihe ist Gegenstand eines allgemeinen Vertrages, der vorher zwischen den Regierungen und dem betreffenden Kreditinstitut geschlossen wird.

Der Schuldendienst dieser Anleihe geht direkt zu Lasten der Wallonischen Region.

Art. 5 – Die Deutschsprachige Gemeinschaft übernimmt die Rechte und Pflichten der Wallonischen Region, die sich auf die in Artikel 1 erwähnten Angelegenheiten beziehen, einschließlich der Rechte und Pflichten aus laufenden oder künftigen Gerichtsverfahren.

Es bleiben jedoch zu Lasten der Wallonischen Region die Verpflichtungen betreffend die Gehalts- und Funktionskosten des aufgrund von Artikel 3 übertragenen Personals, die sie vor dem Datum der Wirksamkeit der Übertragungen eingegangen ist

Im Streitfall kann die Wallonische Region oder die Deutschsprachige Gemeinschaft je nach Fall in den Rechtsstreit eingreifen oder die Behörde, die ihr Nachfolger ist bzw. deren Nachfolger sie ist, zum Rechtsstreit heranziehen.

Art. 6 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2020 in Kraft, vorausgesetzt, ein vom Parlament der Wallonischen Region verabschiedetes gleichlautendes Dekret tritt ebenfalls an diesem Datum in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS



GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre-Président et du Ministre compétent pour la préparation du transfert de la compétence en matière d'aménagement du territoire

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent pour la préparation du transfert de la compétence en matière d'aménagement du territoire est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

AVANT-PROJET DE DÉCRET RELATIF À L'EXERCICE, PAR LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE, DES COMPÉTENCES DE LA RÉGION WALLONNE EN MATIÈRE D'AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE ET DE CERTAINES MATIÈRES CONNEXES

CONTENU

Par le présent décret, l'exercice des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes est transféré à la Communauté germanophone.

TABLE DES MATIÈRES

	Page
Exposé des motifs	2
Explications générales.....	2
Commentaire des articles.....	2
Avant-projet	5

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

L'article 139 de la Constitution dispose : « Sur proposition de leurs Gouvernements respectifs, le Parlement de la Communauté germanophone et le Parlement de la Région wallonne peuvent, chacun par décret, décider d'un commun accord que le Parlement et le Gouvernement de la Communauté germanophone exercent, dans la région de langue allemande, en tout ou en partie, des compétences de la Région wallonne. »

Le présent décret a comme but de transférer l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire de la Région wallonne à la Communauté germanophone. Selon l'article 6, § 1^{er}, I, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, la compétence de l'aménagement du territoire comprend :

- « 1° l'urbanisme et l'aménagement du territoire;
- 2° les plans d'alignement de la voirie communale;
- 3° l'acquisition, l'aménagement, l'équipement de terrains à l'usage de l'industrie, de l'artisanat et des services, ou d'autres infrastructures d'accueil aux investisseurs, y compris les investissements pour l'équipement des zones industrielles avoisinant les ports et leur mise à la disposition des utilisateurs;
- 4° la rénovation urbaine;
- 5° la rénovation des sites d'activité économique désaffectés;
- 6° la politique foncière ».

Le point 7° de l'article 6, § 1^{er}, I, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles n'a pas été retenu dans cette énumération. En effet, celui-ci porte sur les monuments et sites qui ont déjà été transférés en 1995 de la Région wallonne à la Communauté germanophone.

Comme l'aménagement du territoire est à considérer comme une discipline à orientation transversale qui « rayonne » dans d'autres domaines d'activité, la matière à transférer est plus large que l'aménagement du territoire au sens strict. Ainsi, les articles suivants de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles seront également transférés :

- l'article 6, § 1^{er}, X, 2°bis, qui traite du régime juridique de la voirie terrestre, limité à la voirie communale;
- l'article 6^{quater} qui traite de l'expropriation pour cause d'utilité publique.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article détermine, par référence à la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, quelles compétences sont à transférer à la Communauté germanophone.

L'article 6, § 1^{er}, I, 1° de la loi spéciale vise « l'urbanisme et l'aménagement du territoire » au sens propre, qui sont actuellement réglés dans les livres I à IV ainsi que VII et VIII du Code wallon du développement territorial (CoDT). Ceux-ci règlent notamment la manière d'élaborer les instruments de planification, pour quels actes et travaux un permis d'urbanisme est nécessaire mais aussi la manière de traiter les infractions à la législation et quelles sont les sanctions applicables.

L'article 6, § 1^{er}, I, 2° « plans d'alignement de la voirie communale » et l'article 6, § 1^{er}, X, 2°bis, qui s'étend entre autres au régime juridique de la voirie terrestre (limité à la voirie communale), se retrouvent notamment dans le décret wallon du 6 février 2014 relatif à la voirie communale. Celui-ci définit l'alignement, qui constitue la démarcation entre le domaine public et privé et est d'importance dans le contexte des expropriations. Il existe dans ce cadre une interaction, dans la mesure où un plan d'alignement doit être élaboré lorsque, pour la création d'une voie publique, le domaine privé doit être déplacé. Il s'agit donc toujours d'un document graphique qui est à replacer dans le contexte de l'aménagement du territoire, dans la mesure où la réalisation de concepts d'aménagement peut emporter la création de nouvelles voiries qui, sans alignement, ne seraient pas de caractère public.

L'article 6, § 1^{er}, I, 3° « acquisition, l'aménagement, l'équipement de terrains à l'usage de l'industrie, de l'artisanat et des services, ou d'autres infrastructures d'accueil aux investisseurs, y compris les investissements pour l'équipement des zones industrielles avoisinant les ports et leur mise à la disposition des utilisateurs » est transposé dans le décret wallon du 2 février 2017 relatif au développement des parcs d'activités économiques. Dans celui-ci, sont surtout réglés les aspects du financement des zonings industriels. Il est réglé, quels organismes peuvent faire appel à des deniers publics pour la viabilisation de nouveaux zonings ou la construction d'infrastructures supplémentaires et selon quelle procédure les subventions peuvent être octroyées.

L'article 6, § 1^{er}, I, 4° « rénovation urbaine » se retrouve dans le livre V, titres III à IX, du CoDT. Dans ceux-ci sont fixées les dispositions relatives au remembrement urbain, à la revitalisation urbaine et à la rénovation urbaine sont fixées. En outre, y sont prévues les modalités financières pour les subventionnements. Ceci permet par exemple de contrer les processus de développement urbain précaires et de favoriser la revalorisation de quartiers urbains.

L'article 6, § 1^{er}, I, 5° « rénovation des sites d'activité économique désaffectés » est transposé dans le livre V, titres I et II du CoDT. Ceux-ci définissent les sites à réaménager et les sites de réhabilitation paysagère et environnementale qui font partie de l'aménagement opérationnel. La réutilisation des friches industrielles constitue le point central de ces opérations.

L'article 6, § 1^{er}, I, 6° « politique foncière » est réglé dans le livre VI du CoDT. Celui-ci prévoit la possibilité d'un droit de préemption pour assurer la réalisation de projets d'aménagement. Ce cadre permet surtout également le recours à des expropriations. Pour compléter cette compétence, il est prévu d'également transférer l'article 6^{quater} de la loi spéciale qui, depuis la Sixième réforme de l'État, rend les régions compétentes pour la procédure judiciaire de l'expropriation.

Article 2

Le transfert de l'exercice des matières visées à l'article 1^{er} se réalise sans transfert de biens.

Article 3

Cet article règle les modalités selon lesquelles les membres du personnel du Service public de Wallonie qui sont actifs sur le territoire de la région de langue allemande peuvent être transférés à la Communauté germanophone. La reprise de personnel s'opère sur une base volontaire sans obligation de transfert. Le moment de la prise d'effet du transfert de personnel est également réglé.

Article 4

Cet article fixe le montant de la dotation annuelle que la Région wallonne octroie à la Communauté germanophone en rapport avec le transfert de compétences visées à l'article 1^{er}.

Il est prévu une indexation qui correspond à l'adaptation annuelle de la dotation au taux de fluctuation de l'indice moyen des prix à la consommation de l'année budgétaire concernée et à 55 % de la croissance réelle du produit intérieur brut de l'année budgétaire concernée.

Le versement au moment décrit est garanti pour la Communauté germanophone par la possibilité, le cas échéant, de conclure un crédit à charge de la Région wallonne. Les conditions sont fixées de commun accord entre les deux gouvernements.

Article 5

La Communauté germanophone reprend tous les droits et obligations en lien avec le transfert des compétences visées à l'article 1^{er}. Ceci comprend aussi les procédures judiciaires en cours et à venir.

Les frais de personnel restent à charge de la Région wallonne jusqu'au moment de la reprise par la Communauté germanophone défini à l'article 3.

Article 6

L'article 6 règle l'entrée en vigueur du présent décret conformément à l'article 139 de la Constitution. La date du transfert est prévue pour le 1^{er} janvier 2020.

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes

Article 1^{er} - La Communauté germanophone, sur le territoire de la région de langue allemande, exerce toutes les compétences de la Région wallonne :

1° dans la matière de l'aménagement du territoire, visée à l'article 6, § 1^{er}, I, 1° à 6° de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, ci-après dénommée « la loi spéciale » ;

2° dans la matière du régime juridique de la voirie terrestre, visée à l'article 6, § 1^{er}, X, 2°bis de la loi spéciale, limitée à la voirie communale ;

3° dans la matière de l'expropriation pour cause d'utilité publique visée à l'article 6^{quater} de la loi spéciale.

Le Parlement et le Gouvernement de la Communauté germanophone exercent les compétences de la Région wallonne qui se rapportent à la matière visée à l'alinéa 1^{er}.

Art. 2 - Le transfert de l'exercice des matières visées à l'article 1^{er} se réalise sans transfert de biens.

Art. 3 - § 1^{er} - En vue de l'exercice des compétences visées à l'article 1^{er}, des membres du personnel de la Direction extérieure d'Eupen de la Direction générale opérationnelle Aménagement du Territoire, Logement, Patrimoine et Énergie (DGO4) du Service public de Wallonie sont transférés, à leur demande, à la Communauté germanophone par arrêté du Gouvernement wallon pris de l'avis conforme du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Parmi les membres du personnel qui sont dans une situation statutaire, seuls ceux qui remplissent la condition visée à l'article 69, § 2, de la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone peuvent être transférés.

§ 2 - Le transfert des membres du personnel visés au paragraphe 1^{er} produit ses effets le 1^{er} janvier 2020.

Les membres du personnel sont transférés dans leur grade ou dans un grade équivalent et en leur qualité.

Ils conservent au moins la rétribution et l'ancienneté qu'ils avaient ou auraient obtenues s'ils avaient continué à exercer dans leur service d'origine la fonction dont ils étaient titulaires au moment de leur transfert.

Art. 4 - § 1^{er} - Relativement au transfert de l'exercice des compétences visées à l'article 1^{er}, une dotation annuelle, inscrite au budget de la Région wallonne dès l'année 2020, est octroyée à la Communauté germanophone.

§ 2 - Le montant de base de la dotation annuelle visée au paragraphe 1^{er} correspond à 1 480 752,13 euros.

§ 3 - À partir de l'année budgétaire 2021, le montant attribué pour l'année budgétaire précédente est adapté annuellement au taux de fluctuation de l'indice moyen des prix à la

consommation de l'année budgétaire concernée et à 55 % de la croissance réelle du produit intérieur brut de l'année budgétaire concernée conformément aux modalités visées à l'article 33, § 2, de la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communes et des Régions.

§ 4 - La dotation est versée au plus tard le premier jour ouvrable du mois de mai de l'année concernée.

§ 5 - En cas de dépassement du délai fixé au paragraphe 4 et après notification de cette situation à la Région wallonne, la Communauté germanophone a le droit de contracter un emprunt auprès d'un organisme de crédit préalablement désigné de l'accord de la Région wallonne.

Cet emprunt bénéficie de plein droit de la garantie de la Région wallonne. Le régime financier de cet emprunt fait l'objet d'une convention générale préalablement conclue entre les Gouvernements et l'organisme de crédit concerné.

Le service financier de cet emprunt est directement à charge de la Région wallonne.

Art. 5 - La Communauté germanophone succède aux droits et obligations de la Région wallonne relatifs aux matières visées à l'article 1^{er}, en ce compris les droits et obligations résultant de procédures judiciaires en cours et à venir.

Toutefois, restent à charge de la Région wallonne les obligations afférentes à la rémunération et aux frais de fonctionnement du personnel transféré en vertu de l'article 3, contractées par elle avant la date de la prise d'effet des transferts.

En cas de litige, la Région wallonne ou la Communauté germanophone peut, selon le cas, intervenir à la cause ou appeler à la cause l'autorité qui lui succède ou à laquelle elle succède.

Art. 6 - Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2020, pour autant qu'un décret identique adopté par le Parlement de la Région wallonne entre également en vigueur à cette date.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS